

# 1 Unsere Forderungen für einen gerechten Sozialstaat!

## 2 I. Einleitung

### 3 **Sozialstaat und Demokratie**

4 Die Einheit von Demokratie- und Sozialstaatsprinzip ist Ausdruck einer unlösbaren Einheit:  
5 Demokratie und Sozialstaat bilden gemeinsam die Grundlage der verfassungsmäßigen  
6 Ordnung. Das beschreibt das Grundgesetz in Artikel 20.

7 Eine Gesellschaft, in der die ökonomische Macht in den Händen weniger konzentriert ist,  
8 kann nicht dauerhaft demokratisch sein. Die Besitzenden verfügen in einem solchen  
9 Zustand über überlegene Mittel, um öffentliche Meinung, politische Entscheidungen und  
10 selbst die Gesetzgebung zu beeinflussen. Wo Reichtum strukturell über politische Macht  
11 verfügt, bleibt das formale Gleichheitsversprechen des Grundgesetzes nur noch ein  
12 Wunschdenken. Die ökonomisch Abhängigen sind in ihrer politischen Freiheit faktisch  
13 beschränkt – ihre Stimme zählt auf dem Papier, aber nicht in der materiellen Wirklichkeit.  
14 Eine Demokratie, die solche Ungleichheit hinnimmt, verkümmert zur Herrschaft der wenigen  
15 Überreichen über die Mehrheit der Gesellschaft, die von ihrer Arbeit und nicht ihrem  
16 geerbten Kapital lebt.

17 Das Sozialstaatsprinzip ist daher die verfassungsrechtliche Antwort auf diese Gefahr. Es  
18 verpflichtet den Staat, die ökonomischen Voraussetzungen der Freiheit zu sichern, also  
19 jenen sozialen Ausgleich herzustellen, ohne den die politische Gleichheit nicht verwirklicht  
20 werden kann. Der Staat muss aktiv eingreifen, wo soziale Ungleichheit politische Ohnmacht  
21 erzeugt. Sozialpolitik, öffentliche Daseinsvorsorge, Mitbestimmung in der Wirtschaft und  
22 Schutz der Arbeitskraft sind nicht Akte staatlicher Wohltätigkeit, sondern verfassungsmäßige  
23 Pflichten aus der demokratischen Ordnung selbst.

24 Damit gewinnt das Sozialstaatsprinzip eine doppelte Bedeutung: Es ist einerseits Ausdruck  
25 der historischen Errungenschaften der Arbeiter\*innenbewegung, die die demokratische  
26 Republik gegen die Macht des Kapitals erkämpft hat; andererseits ist es die Bedingung für  
27 das Fortbestehen dieser Republik. Der Sozialstaat ist die materielle Grundlage des  
28 demokratischen Verfassungsstaates. Die Erhaltung der Demokratie erfordert die  
29 Begrenzung ökonomischer Macht – und damit eine stetige Weiterentwicklung der sozialen  
30 Rechte, die das Grundgesetz nicht als bloße Programmsätze, sondern als verbindliche  
31 Gestaltungsaufträge enthält.

32 In diesem Verständnis ist das Sozialstaatsprinzip kein statisches Ziel, sondern ein  
33 dynamisches Prinzip gesellschaftlicher Demokratisierung. Es richtet sich gegen jede  
34 Tendenz, politische Freiheit auf formale Verfahren zu reduzieren, und stellt fest, dass  
35 Demokratie nur dort lebendig ist, wo sie die Lebensverhältnisse der Menschen tatsächlich  
36 verändert. Wer das Sozialstaatsprinzip ernst nimmt, verteidigt nicht nur den Sozialstaat – er  
37 verteidigt die Demokratie selbst.

### 38 **Demokratiegefährdende Ungleichheit in Deutschland**

39 Während der Sozialstaat von einem gefährlichen Block aus Neoliberalen, Konservativen und  
40 Rechtsextremen immer mehr unter Druck gerät, zeigt die tatsächliche Ausgangslage, dass  
41 die Ungleichheit in Deutschland ein zunehmend gefährliches Ausmaß annimmt, die im  
42 Gegenteil zur öffentlichen Debatte ein „Mehr“ und kein „Weniger“ an Sozialstaat erfordert.

43 Die oberen 10 % besitzen in Deutschland rund 60 % des Nettovermögens, die untere Hälfte  
44 knapp 3 %. Die Bundesrepublik ist bei der Ungleichverteilung von Vermögen mit Schweden  
45 europäischer Spitzenreiter. Trotz konjunktureller Schwankungen ist seit Jahrzehnten der  
46 Trend zu einer höheren Vermögenskonzentration ungebrochen. Trotz anhaltender  
47 Wirtschaftskrise steigt jährlich die Anzahl der Milliardär\*innen völlig entkoppelt von der  
48 realen Entwicklung der wirtschaftlichen Lage.

49 Ökonomische Macht und Lobbyeinfluss, die die eigene Agenda unterstützen, führten zu  
50 einer strukturellen Begünstigung Vermögender in unserem System. Vermögen und  
51 Erbschaften werden kaum besteuert. Überreiche nutzen für sie geschaffene Schlupflöcher in  
52 der Gesetzgebung, um ihre Verantwortung für die Allgemeinheit zu umgehen, und schaffen  
53 auf Kosten der Vielen eine neue Klasse der überreichen Erben.

54 Statt Wohlstand für Alle und Teilhabe für jede\*n produzieren Wirtschaftssystem und  
55 fehlende staatliche Eingriffe Überreichtum für Wenige. Gesellschaftliche Teilhabe und  
56 persönliche Selbstverwirklichung scheitern für eine zunehmende Anzahl an den  
57 ökonomischen Zwängen. Rechte und Konservative predigen die Leistungsgesellschaft, doch  
58 meinen damit eine Ausbeutungsgesellschaft, die die Privilegien der unverdient Reichen  
59 konserviert.

## 60 **Der soziale Staat als Gegenentwurf**

61 Das Sozialstaatsprinzip verlangt aktives Eingreifen in diesen unerträglichen Status Quo. Wir  
62 stehen für einen sozialen Staat, der alle Menschen befähigt und befreit, statt sie den  
63 ökonomischen Verhältnissen schutzlos auszuliefern. Umverteilung und Selbstermächtigung,  
64 statt bloßer Armutsverwaltung: Starke öffentliche Daseinsvorsorge, die Marktmacht  
65 neutralisiert. Statt Kürzungsdebatten, müssen wir unseren Sozialstaat jetzt stärker machen.  
66 Statt ökonomisch Schwache zu sanktionieren und ihre Prekarisierung zu befördern, muss  
67 unser Sozialstaat sozialen Zusammenhalt und Solidarität mit Leben füllen und Armut  
68 beenden.

69 Diese Vision zeigt klar: ein funktionierender Sozialstaat umfasst weitaus mehr als die  
70 Ausstattung von Erwerbslosen mit finanziellen Mitteln.

71 Wir Jusos verschließen uns nicht vor gesellschaftlichen Debatten rund um den Sozialstaat.  
72 Für uns steht fest, dass die Verschiebung der Vermögensverteilung unweigerlich mit einer  
73 Verschiebung der Wahrnehmung des Sozialstaates einhergeht. Diese Analyse ist nicht neu.  
74 Es ist die ureigenste Aufgabe der Sozialdemokratie, breite gesellschaftliche Mehrheiten für  
75 einen starken Sozialstaat zu schaffen. Hierzu muss die SPD wieder eine gesellschaftlichen  
76 Zusammenhalt schaffen und darf sich nicht an Spaltung beteiligen.

77 Unser Sozialstaatsverständnis füllt das Gleichheits- und Freiheitsversprechen des  
78 Grundgesetzes erst mit Leben. Die Sozialdemokratie muss den Sozialstaat verteidigen, nicht

79 als Instrument zur Milderung und Korrektur sozialer Härten, sondern als gesellschaftlichen  
80 Gegenentwurf zu einer Diktatur des Kapitals.

## 81 II. Armutsfeste Renten für unsere Generation!

82 Die Zukunft des Rentensystems ist insbesondere für die junge Generation entscheidend. Im  
83 westeuropäischen Vergleich sind sowohl Rentenniveau als auch Beitragshöhe in  
84 Deutschland gering. Die durchschnittliche Rente liegt nur knapp 100€ oberhalb des  
85 Armutsniveaus. Wenn sichergestellt werden soll, dass auch junge Menschen später einmal  
86 von ihrer Rente leben können, ist klar: Das Rentenniveau darf auf keinen Fall sinken!  
87 Gleichzeitig müssen insbesondere kleinere Renten steigen, wenn wir Armut effektiv  
88 verhindern wollen. Generationengerechtigkeit heißt für uns auch, dass die Höhe der  
89 Rentenbeiträge in einem gerechten Verhältnis zur Höhe der zu erwartenden Renten stehen  
90 müssen. Mit Beginn der 2030er Jahre wird die Rentenversicherung für eine begrenzte Zeit  
91 einer starken Belastung unterzogen, weil mit der außergewöhnlich großen Babyboomer-  
92 Generation, die gleichzeitig selbst wenig Nachkommen hatte, die Rentenversicherung etwa  
93 zehn Jahre lang einer starken Belastungsprobe unterzogen wird. Dies legt systematische  
94 Schwächen der Rentenversicherung offen und muss Anlass sein, die gesetzliche Rente  
95 durch strukturell ohnehin erforderliche Reformen zu stärken und damit armutsfeste und  
96 Lebensstandard sichernde Renten sowohl für diejenigen sicherzustellen, die in den  
97 nächsten Jahren in Rente gehen, ebenso wie für die junge Generation.

98 **Wir fordern:** Die Stabilisierung des Rentenniveaus und die Umsetzung notwendiger  
99 Reformen des jetzigen Rentensystems.

100 Nur wenn Menschen mit hohen Einkommen wie Menschen mit geringen und mittleren  
101 Einkommen Teil des gleichen Systems sind, kann auch innerhalb des Rentensystems  
102 effektiv umverteilt werden, sodass insbesondere kleine Renten gestärkt werden. Deswegen  
103 müssen alle Berufsgruppen in die gesetzliche Rente einbezogen werden. Selbstständige,  
104 ebenso Abgeordnete und Beam\*t\*innen. Zudem gilt es, die Beitragsbemessungsgrenze  
105 abzuschaffen. Durch den Einbezug aller Berufsgruppen in die Rente wird dauerhaft ein  
106 gerechteres System erreicht und einmalig ein signifikanter Anstieg der Beitragszahler\*innen,  
107 womit die höhere Belastung durch das Erreichen des Renteneintrittsalters der Boomer-  
108 Generation ausgeglichen werden kann. Die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze  
109 führt zwar auch zu höheren Ansprüchen in der Zukunft, jedoch unterliegen Renten auch der  
110 Einkommensteuer. Über deren Progressivität werden exzessive Zahlungen beschränkt. Wir  
111 wollen das Rentenniveau absichern und in Zukunft wieder auf ein Niveau von 53% anheben.

112 **Wir fordern:** Den Einbezug aller Berufsgruppen in die gesetzliche Rente und die  
113 Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Die perspektivische Erhöhung des  
114 Rentenniveaus für alle.

115 Wir bekennen uns zum System der umlagefinanzierten Rente. Diese hat in vergangenen  
116 Krisen eine Widerstandsfähigkeit gezeigt, welche verschiedene kapitalgedeckte Systeme  
117 nicht zu bieten hatten. In Finanzkrisen sind Renten, welche sich aus Kapitalerträgen  
118 speisen, anfällig zu niedrigeren Renten zu führen, da Rentner\*innen einen konstanten  
119 Zahlungsfluss benötigen und nicht ausharren können, bis sich die Kapitalwerte wieder erholt  
120 haben. Ein umlagefinanziertes System hingegen ist krisensicherer, da die Realwirtschaft

121 zum einen weniger Volatilität als die Kapitalmärkte aufweist, zum anderen der Staat ein  
122 solches System in Krisenzeiten leichter bezuschussen kann. Wir setzen uns für höhere  
123 Löhne und die Ausweitung regulärer Beschäftigungsverhältnisse ein. Die umlagefinanzierte  
124 Rente ist stabiler, je höher die Lohnquote ist. Ein umlagefinanziertes System ist genauso wie  
125 ein kapitalgedecktes eine Wette auf eine werterhaltende und im besten Fall wachsende  
126 Wirtschaft. Zudem wollen wir ein Rentensystem, welches Menschen nicht in den Ruhestand  
127 zwingt, sondern es Menschen, welche nicht aus materieller Not heraus, sondern aus  
128 intrinsischem Nutzen ihrer Arbeit entscheiden weiterzuarbeiten, ermöglicht, auch nach  
129 Renteneintrittsalter arbeiten zu können. Eine allgemeine Erhöhung des Rentenalters kommt  
130 hingegen einer Kürzung der Renten gleich. Das lehnen wir ab.

131 **Wir fordern:** Das klare Bekenntnis zur umlagefinanzierten Rente und Erleichterungen für  
132 diejenigen, die auch nach dem Renteneintrittsalter freiwillig weiterarbeiten wollen.

### 133 **Keine Kapitaldeckung!**

134 Neoliberale und bürgerliche Kräfte argumentieren seit Jahren für die Umstellung des  
135 deutschen Rentensystems auf ein kapitalgedecktes System. Dabei argumentieren sie, dass  
136 kapitalgedeckte Rentensysteme langfristig höhere Erträge garantieren würden als ein  
137 Umlagesystem. Die Debatte um Kapitaldeckung oder Umlagesystem ist teilweise geprägt  
138 von fehlendem Verständnis für die grundsätzliche Funktionsweise des Rentensystems,  
139 teilweise werden Kapitalinteressen hinter „Allgemeinwohl“-Argumentationen versteckt. Es ist  
140 höchste Zeit, mit dem Mythos der Überlegenheit kapitalgedeckter Rentensysteme  
141 aufzuräumen.

142 Kapitaldeckung hilft nicht bei der Bewältigung der aktuellen demografischen Problemen des  
143 Rentensystems. Der Umstieg würde in frühestens 20 Jahren einen Beitrag zur Stabilisierung  
144 des Rentenniveaus leisten. Damit hilft eine Kapitaldeckung nicht, die kurz- und mittelfristigen  
145 Probleme zu adressieren, die eben genau in dieser Zeitspanne auftreten. Wenn Aktienkurse  
146 stärker wachsen als die Volkswirtschaft, spiegelt das nicht Wachstum, sondern eine  
147 Umverteilung von Arbeit zur Kapitaleite wider. Die Zukunft der Altersvorsorge für  
148 Arbeitnehmer\*innen auf einem System aufzubauen, das dann erfolgreich ist, wenn die  
149 Löhne möglichst wenig wachsen, führt zu einem widersprüchlichen Anreizsystem. Das  
150 Interesse der Arbeitnehmer\*innen an einem stärkeren Lohnwachstum überwiegt nämlich in  
151 jedem Fall. Kapitalgedeckte Systeme verursachen zudem deutlich höhere  
152 Verwaltungskosten als das Umlagesystem. Kapitalgedeckte Systeme sind deutlich volatiler  
153 als Umlagesysteme. Ein Kapitalgedecktes Rentensystem hätte beispielsweise im Jahr  
154 2007/2008 bedeutet, dass Rentner\*innen auf einen Schlag einen Großteil ihrer Ansprüche  
155 verloren hätten. Die Umstellung auf ein kapitalgedecktes System würde mittelfristig zu  
156 enormen Kapitalabflüssen und dadurch zu Nachfrageeinbußen führen, die die derzeitige  
157 Rezession verstärken würden. Kapitalgedeckte Systeme führen anders als häufig  
158 dargestellt, nicht zu höheren, sondern niedrigeren Investitionen. Der Erwerb von Aktien an  
159 den Kapitalmärkten stellt volkswirtschaftlich betrachtet keine Investition, sondern lediglich  
160 eine Finanztransaktion dar.

161 Ein kapitalgedecktes Rentensystem würde damit vor allem denjenigen nutzen, die jetzt  
162 schon über große Vermögen verfügen und in Aktien investiert sind. Für die breite

163 Allgemeinheit hingegen wäre eine Umstellung schädlich und mit Wohlstandseinbußen  
164 verbunden.

165 Kapitalgedeckte Rentenmodelle basieren nicht auf einer Solidarität, sondern beuten  
166 Arbeitnehmende und ihren erwirtschafteten Profit weiter aus. Spekulationen durch den Staat  
167 auf dem Rücken der Arbeitnehmenden, die so die Wirtschaft immer weiter zu einem  
168 unermesslichen Wachstum treiben müssten, um ihre Rente zu steigern, für die ihr Profit  
169 wieder und wieder ausgebeutet wird, entspricht nicht dem Verständnis eines sozialen  
170 Staates als Versuch eines Gegenpols zum Kapitalismus. Kapitalgedeckte Rentenideen sind  
171 somit weder zielführend, noch mit den Zielen des Sozialstaats vereinbar.

## 172 **Sozialkapital und ZukunftsBond**

173 Es ist grundsätzlich sinnvoll, Menschen, die für das Alter sparen wollen, ein günstiges  
174 Anlageprodukt zu schaffen, bei dem sie als Arbeitnehmer\*innen nicht in ihre eigene  
175 Ausbeutung investieren und die negativen Effekte einer Kapitaldeckung verhindert werden.  
176 Insbesondere würde sich anbieten, Bürger\*innen stärker an den Zinszahlungen auf  
177 Staatsanleihen teilhaben zu lassen.

178 Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur werden im Rahmen des  
179 Sondervermögens über Staatskredite finanziert, die vor allem von Banken und  
180 institutionellen Investor\*innen erworben werden. Die staatlichen Zinszahlungen kommen  
181 damit in der Regel überreichen Individuen zugute, womit ein negativer Verteilungseffekt  
182 erzielt wird. Es ist nicht nachvollziehbar, warum von den Zinszahlungen nicht gezielt die  
183 breite Bevölkerung anstatt vor allen Dingen Superreiche profitieren sollten.

184 Bis 2012 wurden Bundesschatzbriefe ausgegeben, genau mit dem Ziel: Bürger\*innen von  
185 Zinszahlungen profitieren zu lassen, anstatt Banken und große Fonds. In modifizierter Form  
186 wollen wir dieses Instrument zu einem **ZukunftsBond** weiterentwickeln und damit ein  
187 einfaches Anlageprodukt schaffen, mit dem **Sozialkapital** für die Erneuerung von  
188 Infrastruktur und Daseinsvorsorge generiert wird und Bürger\*innen sicher investieren  
189 können.

190 Die Zukunftsbonds sollen direkt von der Bundesfinanzagentur ausgegeben werden und  
191 einfach zu vergünstigten Konditionen auf allen gängigen Plattformen und bei Banken  
192 handelbar sein. Der Zinssatz soll garantiert 1,5% oberhalb des Leitzinses und mindestens 2  
193 % p.a. betragen. Die Zinserträge werden automatisch reinvestiert (thesaurierend). Die  
194 Erträge aus dem Sozialkapital sollen steuerlich privilegiert werden, indem Freibeträge an die  
195 Zinserträge aus dem Sozialkapital angepasst werden. Es soll Sparer\*innen ermöglicht  
196 werden, sowohl in Sparplanmodellen als auch mit Einmalbeträgen zu investieren. Das  
197 Produkt soll lediglich Privatpersonen, nicht institutionellen Investor\*innen offenstehen. Dabei  
198 soll die Investitionssumme auf 500 € monatlich bzw. 6.000 € jährlich gedeckelt werden. Wir  
199 wollen nicht vergünstigte Investitionsmodelle für Überreiche schaffen, sondern der breiten  
200 Bevölkerung einen Zugang zu staatlichen Anleihen verschaffen und sie unmittelbar von  
201 Zinszahlungen auf Anleihen profitieren lassen.

202 Die Anleihen sollen dafür genutzt werden, ein Sozialkapital aufzubauen, das gezielt in die  
203 öffentliche Daseinsvorsorge vor Ort investiert wird. Das Sondervermögen reicht nicht aus,  
204 die enormen Investitionsbedarfe zu decken, die insbesondere kommunal anfallen. Dieses

205 Problem wird zusätzlich dadurch verschärft, dass viele Bundesländer die Mittel aus dem  
206 Sondervermögen nur unzureichend an die kommunale Ebene weiterleiten, weil sie  
207 stattdessen eigene Haushaltslöcher stopfen.

208 Insbesondere finanzschwache Kommunen sind durch Schuldenregeln der Bundesländer  
209 sehr stark eingeschränkt in ihrer Möglichkeit, sich am Kapitalmarkt zu refinanzieren oder sie  
210 erhalten schlechtere Konditionen als der Bund und die Länder.

211 Dadurch sind vor Ort selbst solche Investitionen nicht möglich, die profitabel sind.  
212 Kommunale Energieversorgung, kommunale Wohnungsunternehmen erwirtschaften  
213 regelmäßige Gewinne. Obwohl ein gesellschaftliches Bedürfnis danach besteht, die  
214 kommunale Investitionstätigkeit zu steigern, um etwa den Mangel an bezahlbarem  
215 Wohnbau, den Ausbau der kommunalen Energienetze und der lokalen, ökologischen  
216 Energieerzeugung voranzutreiben, fehlt es den kommunalen Trägern öffentlicher  
217 Unternehmen an Kapitalmitteln. Das Sozialkapital soll genutzt werden, um genau hier  
218 auszuhelfen, und für diese Investitionen entsprechende Mittel zu generieren. Die  
219 Bürger\*innen sollen in doppelter Hinsicht profitieren: Erstens von einer besseren  
220 Infrastruktur vor Ort und einer guten Daseinsvorsorge, zweitens weil die Zinszahlungen für  
221 die entsprechenden Kredite nicht irgendwelchen Banken, sondern ihnen unmittelbar zugute  
222 kommen und damit ein einfaches Sparinstrument geschaffen wird, das gleichzeitig dringend  
223 notwendigen gesellschaftlichen Investitionen steigert, indem den Kommunen notwendige  
224 Investitionsmittel verschafft werden, die ihnen aktuell fehlen.

225 **Wir fordern:** Die Einrichtung eines **Sozialkapitals** und die unmittelbare Beteiligung der  
226 Bürger\*innen an Staatsanleihen durch **ZukunftsBonds**.

### 227 III. Gesundheit für Alle!

228 Gesundheit ist in Deutschland eine Klassenfrage. Menschen mit geringem Einkommen und  
229 schlechter Bildung leben bis zu zehn Jahre kürzer. Trotz hoher Kosten und steigender  
230 Beiträge bietet unser System keine gerechte Versorgung. Wir brauchen ein System, in dem  
231 jeder Euro den Patient\*innen zugutekommt – nicht den Gewinnen von Pharmaunternehmen  
232 oder privaten Kliniken.

233 Das Zwei-Klassensystem von gesetzlicher und privater Krankenversicherung ist ungerecht.  
234 Wer hohe Einkommen hat, entzieht sich der Solidargemeinschaft. Dadurch steigen die GKV-  
235 Beiträge, während Leistungen sinken. Deshalb sprechen wir uns für die Integration von GKV  
236 und PKV in ein gemeinsames System der Bürger\*innenversicherung aus, bei gleichzeitiger  
237 Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Hierdurch sind Beitragssenkungen von bis zu  
238 3,8 Prozentpunkten möglich. Auch die Pflegeversicherung gilt es in eine allgemeine  
239 Bürger\*innenversicherung zu integrieren.

240 **Wir fordern:** Die Einführung einer Bürger\*innenversicherung und die Abschaffung der  
241 Beitragsbemessungsgrenze.

242 Der neoliberale Wettbewerbsfetisch hat 94 fast identische Krankenkassen hervorgebracht.  
243 Dieses System verschwendet Milliarden durch Parallelstrukturen. Wir wollen eine effiziente  
244 Kasse – digital, transparent, solidarisch.

245 **Wir fordern:** Eine Reduzierung der gesetzlichen Krankenkassen auf eine und eine  
246 Digitalisierungsoffensive für die verbleibende gesetzliche Krankenversicherung  
247 (Bürgerversicherung).

248 Prävention ist die beste Medizin. Über 100.000 Todesfälle jährlich wären vermeidbar.  
249 Unterlassene Prävention verursacht auch insgesamt hohe Kosten im Gesundheitssystem.  
250 Wir brauchen eine feste Verankerung des Vorsorgeprinzips, bessere Aufklärung über  
251 Ernährung, Bewegung, psychische Gesundheit und gezielte Prävention bei Adipositas,  
252 Diabetes, Sucht und mentalen Erkrankungen.

253 **Wir fordern:** Die Stärkung des Vorsorgeprinzips als Leitbild einer modernen  
254 Gesundheitsversorgung.

255 Gesundheit darf nicht vom Wohnort abhängen. Privatisierte Krankenhäuser stellen Profit  
256 über Patient\*inneninteressen. Wir setzen auf Rekommunalisierung und Verstaatlichung des  
257 Kliniksystems. Spezialisierung braucht Transparenz – ein umfassender Klinikatlas muss  
258 zeigen, wo gute Versorgung stattfindet. Gleichzeitig braucht es überall erreichbare Level-I-  
259 Kliniken und wohnortnahe Grundversorgung.  
260 Polikliniken und medizinische Versorgungszentren sichern flächendeckende, barrierearme  
261 Versorgung und ermöglichen Effizienzgewinne, weil dadurch Kliniken und  
262 Versorgungszentren mit diesem neuen Modell optimal und kostensparend Wirkung entfalten  
263 können.

264 **Wir fordern:** Wir fordern die Rekommunalisierung und Verstaatlichung des Kliniksystems  
265 und flächendeckend Polikliniken zur Entlastung der Kliniken.

266 Pflegekräfte verdienen mehr Verantwortung, Weiterbildung und bessere  
267 Arbeitsbedingungen. Wir wollen in Krankenhäusern den Anteil der Pflegefachkräfte erhöhen  
268 und somit den Betreuungsschlüssel absenken. Pfleger\*innen sollten mehr Kompetenzen  
269 zugesprochen bekommen, um Tätigkeiten ausüben zu können, die aktuell häufig nur von  
270 Ärzt\*innen erledigt werden dürfen.

271 Gleichzeitig muss die generalistische Pflegeausbildung praxisnäher, sowie die  
272 Vertiefungseinsätze während der Ausbildung besser strukturiert werden. Fehlzeitenregelung  
273 und Vergütung sind an die Belastung anzupassen. All das führt zur Attraktivitätssteigerung  
274 des Berufs und hilft bei der nachhaltigen und professionellen Pflege der Patient\*innen.

275 **Wir fordern:** Die Ausweitung der Kompetenzen von Pflegekräften, sowie Verbesserungen  
276 während der generalistischen Pflegeausbildung.

277 Psychische Erkrankungen sind Volkskrankheiten. Therapieplätze fehlen, Wartezeiten dauern  
278 Monate. Wir wollen mehr Kassensitze für Therapeut\*innen und niedrigschwellige Angebote.

279 Weiterhin muss die Prävention von psychischen Erkrankungen gefördert werden. Wir wollen  
280 psychologische Bildung als Lehrinhalte an Schulen, Berufsschulen und Hochschulen  
281 implementieren und auch Angebote für mehr mentale Gesundheit am Arbeitsplatz  
282 ausbauen, sodass langfristig weniger Menschen von psychischen Erkrankungen betroffen  
283 sind.

284 **Wir fordern:** Mehr Kassensitze und Therapieplätze sowie psychische Bildung auf allen  
285 Ebenen.

## 286 IV. Wertschöpfungsabgabe zur Stärkung von Rente, 287 Gesundheit und Beschäftigung

288 Nahezu die gesamten Kosten des Sozialstaats werden in Deutschland von Steuern und  
289 Abgaben getragen, die auf Arbeit anfallen. Dies ist in doppelter Hinsicht problematisch.  
290 Dadurch wird Ungleichheit verschärft, da die meisten Überreichen ihren Wohlstand nicht aus  
291 ihrem Arbeitseinkommen, sondern aus Kapitalerträgen schöpfen. Zudem gerät unser  
292 Sozialsystem zunehmend in eine Schieflage, weil in den letzten Jahrzehnten eine  
293 zunehmende Verschiebung des Einkommens von Arbeit zur Kapitaleseite stattgefunden hat.  
294 Wir wollen die Finanzierungsgrundlage für die Sozialsysteme verbreitern, indem wir eine  
295 **Wertschöpfungsabgabe** einführen. Durch die Wertschöpfungsabgabe wollen wir die  
296 Gewinne von Unternehmen mit einer Abgabe belasten, die der Gesamtsozialabgabenquote  
297 auf den Faktor Arbeit entspricht. Damit wird sichergestellt, dass Arbeit und Kapital gleich  
298 behandelt werden. Die Erträge aus Wertschöpfungsabgabe werden zur Stabilisierung von  
299 Rentenversicherung, Kranken- und Pflegeversicherung (bzw. Bürger\*innenversicherung)  
300 und Arbeitslosenversicherung verwendet. Insbesondere kann dadurch auch eine  
301 Reduzierung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung erreicht werden.

302

303 **Wir fordern:** Die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe.

## 304 V. Entlastungsreflex

305 Einkommen wird in Deutschland zu stark belastet. Während Kapitalerträge pauschal mit  
306 25% besteuert werden, beläuft sich die Gesamtbelastung bereits von mittlerem Einkommen  
307 durch Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge schnell auf mehr als 40%. Mit den  
308 oben genannten Maßnahmen wollen wir mit mittelfristigen Reformen die Belastungen für  
309 Arbeitnehmer\*innen senken, geringe und mittlere Einkommen entlasten und besonders hohe  
310 Vermögen und Einkommen stärker in die Pflicht nehmen. Deswegen setzen wir uns für  
311 einen **Entlastungsreflex** ein. Demnach sollen alle zusätzlichen Belastungen der  
312 Arbeitnehmer\*innen durch erhöhte Sozialversicherungsbeiträge spiegelbildlich durch  
313 entsprechende Senkungen der Einkommensteuer ausgeglichen werden. Für geringe  
314 Einkommen, die keine Einkommensteuer, aber Sozialbeiträge zahlen, sollen über den in der  
315 letzten Bundesregierung geschaffenen Direktauszahlungsmechanismus entsprechende  
316 Ausgleichszahlungen geleistet werden.

317

318 **Wir fordern:** Die Einführung eines **Entlastungsreflexes** zur automatischen Entlastung von  
319 Erwerbseinkommen über die Einkommensteuer bei steigenden  
320 Sozialversicherungsbeiträgen.

## 321 VI. Arbeitsversicherung statt Schikane

322 Unser Sozialstaatsverständnis setzt auf Kooperation statt auf Schikane. Unser Ziel ist die  
323 Vollbeschäftigung. Weil Arbeit für uns mehr als Broterwerb, sondern im Idealbild die  
324 umfassende Teilhabe an der Gesellschaft, treibende Kraft des gesellschaftlichen Fortschritts



und zentrales Element der individuellen Selbstverwirklichung ist, unterstreichen wir das Recht auf Arbeit für jeden Einzelnen. Gleichzeitig wissen wir, dass Selbstverwirklichung und gesellschaftliche Teilhabe häufig nicht den Realitäten entsprechen, die Beschäftigte auf unserem kapitalistischen und entfremdeten Arbeitsmarkt vorfinden. Wir wollen nicht Arbeitslosigkeit versichern, sondern mit einer umfassenden Arbeitsversicherung einen Beitrag dazu leisten, die Verhandlungsposition von Arbeitnehmer\*innen zu stärken und sie in Beschäftigungen zu vermitteln, die ihren Interessen und Bedürfnissen entsprechen. Sanktionen und Vermittlungsvorrang schaden nicht nur den unmittelbar Betroffenen, sie erhöhen auch langfristig die gesellschaftlichen Kosten, weil sie Langzeitarbeitslosigkeit verfestigen und eine Entfremdung von Erwerbslosen und Sozialsystem betreiben. Das sozioökonomische und soziokulturelle Existenzminimum ist nicht sanktionierbar. Die Kürzungen von Sozialleistungen und insbesondere die Totalsanktionierung führt zu Wohnungslosigkeit und Verelendung. Sie widerspricht unserer Vorstellung eines menschlichen und solidarischen Sozialstaats, der Teilhabe für alle ermöglicht und den Werten unseres Zusammenlebens, die uns das Grundgesetz zusichert.

**Wir lehnen eine Sanktionierung von Menschen im Arbeitslosengeldbezug ab. Wir setzen auf Kooperationsvereinbarungen und Qualifizierung anstatt auf Schikane von Erwerbslosen. Wir setzen uns für den Erhalt von Karenzzeiten und Regelungen zum Schonvermögen ein.**

Unsere Gesellschaft ist angewiesen auf gut ausgebildete Fachkräfte. Dies gilt umso mehr, wenn sich der technische Fortschritt weiter beschleunigt. Je besser und umfassender die Ausbildung, desto leichter fällt es Arbeitnehmer\*innen sich auf verändernde Rahmenumstände anzupassen und desto weniger sind sie von Arbeitslosigkeit entlang ihrer Erwerbsbiografie bedroht. Umgekehrt sind fehlende Berufsabschlüsse oder sogar fehlende Schulabschlüsse der größte Risikofaktor für Armut und Arbeitslosigkeit entlang der Erwerbsbiografie. Deswegen setzen wir uns für die gesetzliche Verankerung eines **Ausbildungsvorrangs** ein. Erwerbslose unter 35 sollen in Zusammenarbeit von Job-Centern und Bildungsträgern gezielt in schulische oder berufliche Ausbildungen vermittelt werden. Schulabschlüsse sollen ggf. zuvor nachgeholt werden. Dafür soll gemeinsam mit den Betroffenen eine Ausbildungsvereinbarung getroffen werden, die auf die Lebenssituation der Betroffenen individuell eingeht und sicherstellt.

**Wir fordern:** Die Einführung eines **Ausbildungsvorrangs** für unter 35-Jährige Erwerbslose. Wir bekräftigen unsere Forderung nach einer echten **Ausbildungsplatzgarantie**.

Junge Menschen müssen zwischen dem 15. und 20. Lebensjahr eine wegweisende Entscheidung treffen. Um jungen Menschen wirklich zur Seite stehen zu können, braucht es eine Orientierungshilfe, die über einen einzelnen Termin hinaus geht. Junge Menschen müssen in ihren letzten Schuljahren begleitet und beraten werden. Dabei sollen die persönliche Entwicklung und die daraus resultierenden Wünsche an die eigene Zukunft im Vordergrund stehen.

**Wir fordern:** Einheitliche, flächendeckende und qualitativ hochwertige Orientierungshilfen für junge Menschen

Die anhaltende wirtschaftliche Schwäche führt zu einem zunehmenden Missverhältnis zwischen Erwerbslosen und offenen Stellen. 2,9 Millionen erwerbsfähige Arbeitslose stehen

368 630.000 offenen Stellen gegenüber. Dabei gilt es zu beachten, dass ein großer Teil der  
369 offenen Stellen Berufsqualifikationen voraussetzt, über die viele Erwerbslose nicht verfügen.  
370 Deswegen setzen wir insbesondere bei Unqualifizierten und Erwerbslosen, deren  
371 Ausbildung nicht mehr den derzeitigen Bedarfen des Arbeitsmarkts oder ihrer Lebensrealität  
372 entspricht, auf Weiterbildung und Qualifikation. Dabei gilt es gezielt mit der Arbeitsagentur  
373 Qualifikationsprogramme für Mangelberufe aufzusetzen, um Erwerbslose für Jobs zu  
374 qualifizieren, in denen aktuell ein Mangel besteht und die ihren individuellen Präferenzen  
375 bestmöglich entsprechen. Um Arbeitslosigkeit schon zu verhindern, bevor sie entsteht,  
376 braucht es zudem schon während der Berufstätigkeit das Recht sich für einen Beruf, welcher  
377 Zukunftsperspektiven bietet, zu qualifizieren.

378 **Wir fordern:** Einen **Weiterbildungs- und Qualifizierungsvorrang** für Erwerbslose, sowie  
379 einen Rechtsanspruch auf berufsbegleitende Umschulung und Weiterbildung.

380 Vor allem nach langer Arbeitslosigkeit fällt es einigen Menschen schwer, sich in den  
381 herkömmlichen Arbeitsrhythmus mit acht Stunden Arbeitszeit einzufinden. Für manche  
382 Menschen gehörte eine solche Struktur noch nie zu ihrem persönlichen Alltag. Es muss  
383 Aufgabe unseres Sozialstaates sein, Menschen auf allen Ebenen für ihre Erwerbstätigkeit zu  
384 befähigen. Um hierbei zu unterstützen, braucht es neben psychosozialer Betreuung,  
385 Schuldner\*innenberatung, Beratungs- und Hilfsangebote bei (psychischen) Erkrankungen  
386 auch ganz grundlegende Unterstützung, neue Strukturen und Abläufe in den Alltag zu  
387 integrieren. Das setzt zu Beginn ein hohes Maß an individueller Betreuung voraus, führt aber  
388 letztlich zu einer langfristigen Perspektive für Menschen. Denn nur mit einer solchen  
389 Unterstützung kann eine neue Erwerbstätigkeit auch langfristig ausgeübt werden.

390 **Wir fordern:** Unterstützungsangebote für Langzeiterwerbslose, in den ersten Berufsjahren  
391 zur erfolgreichen Integration ins Erwerbsleben

392 Für Kinder und Jugendliche, deren Eltern Sozialhilfe empfangen, stehen Leistungen aus  
393 dem Bildungs- und Teilhabepaket zur Verfügung. Dieses Budget soll ihnen soziale Teilhabe  
394 ermöglichen. Allerdings werden diese Leistungen zu wenig abgerufen. Jugendliche, die auf  
395 diese Leistungen angewiesen sind, können nur für BuT anerkannte Freizeitgestaltung  
396 fördern lassen, die nicht flächendeckend angeboten werden. Der Staat entscheidet hier, wie  
397 Jugendliche ihre Freizeit zu gestalten haben, statt ein Aufwachsen zu ermöglichen, in dem  
398 sie sich ausprobieren und ihre Interessen selbstständig erproben können. Und das nur  
399 aufgrund einer Situation, für die Jugendliche und Kinder nichts können. Daher sollten Kinder  
400 und Jugendliche langfristig aus dem Konzept der Bedarfsgemeinschaft ausgenommen  
401 werden und ihre Leistungen in eine Kindergrundsicherung überführt werden.

402 **Wir fordern:** Ein pauschales Teilhabebudget für Kinder und Jugendliche, das sie  
403 selbstbestimmt einsetzen können. Das Budget sollte sich an den tatsächlichen Bedarfen  
404 orientieren und nicht Bildung gegen Freizeit ausspielen. Jugendliche brauchen die Erfahrung  
405 von echter Autonomie statt einem paternalistischen Sozialstaat.

406